

Der Staat der Mitte

Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland

von
Prof. Dr. Jörn Ipsen

1. Auflage

Der Staat der Mitte – Ipsen

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Verfassungsgeschichte



Verlag C.H. Beck München 2009

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 58948 5

INHALT

EINLEITUNG: Die Katastrophe als Ausgangslage	1
ERSTER TEIL: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland	3
1. Kapitel: Das Modell der »Kanzlerdemokratie«	4
I. Wahl des Bundeskanzlers	4
II. Vertrauensfrage und Misstrauensvotum	6
III. Die Richtlinienkompetenz	11
IV. Regierungsbildung und Stellung der Bundesminister	13
V. Das Ende der Kanzlerschaft	16
VI. Die Kanzlerkandidatur	17
VII. Die Bundesrepublik – Eine Kanzlerdemokratie?	19
2. Kapitel: Der Bundestag	21
I. Das Wahlsystem des Bundeswahlgesetzes	21
II. Beginn und Ende der Wahlperiode	27
III. Die Bundestagsfraktionen	29
IV. Parlamentsfunktionen und Parlamentarismuskritik	34
V. Das Bundestagsmandat	37
1. Der Grundsatz des freien Mandats	37
2. Einzelne Abgeordnetenrechte	39
3. Anspruch auf angemessene Entschädigung	40
VI. Die Zukunft des Parlamentarismus	41
3. Kapitel: Das Staatsoberhaupt	42
I. Konzept oder Konzeptlosigkeit?	42
II. Wahl des Bundespräsidenten und Rekrutierung von Kandidaten	42
III. Die Kompetenzen des Bundespräsidenten und ihre Wahrnehmung	44
IV. Volkswahl des Bundespräsidenten?	46
4. Kapitel: Der Bundesrat	48
I. Zusammensetzung und Arbeitsweise des Bundesrates	48
II. Mitwirkung des Bundesrates an der Bundesgesetzgebung	50
III. Mitwirkung des Bundesrates an der Verwaltung des Bundes	53
1. Zustimmungsbefähigung von Rechtsverordnungen	53
2. Zustimmungsbefähigung von Verwaltungsvorschriften	54
IV. Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union	54

5. Kapitel: Das Bundesverfassungsgericht	56
I. Zusammensetzung und Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts	56
II. Der Status des Bundesverfassungsgerichts	57
III. Wahl und Auswahl der Richter	59
IV. Verfassungsgericht und politischer Prozess	61
ZWEITER TEIL: Westintegration und Erlangung der Souveränität	63
1. Kapitel: Die Bundesrepublik im Geflecht internationaler Beziehungen	64
I. Überlagerung der auswärtigen Gewalt durch Besatzungsgewalt	64
II. »Volle Macht eines souveränen Staates« der begrenzt souveränen Bundesrepublik	69
III. Das Ende der äußeren Souveränitätsbegrenzung	73
2. Kapitel: Wiederbewaffnung und Integration in das westliche Verteidigungsbündnis	74
I. Das Vertragswerk von Bonn und Paris	74
II. Die Ergänzung des Grundgesetzes	80
III. NATO-Beitritt und Deutschlandvertrag	82
IV. Die »Wehrnovelle«	83
V. Einsatz der Streitkräfte im Verteidigungsfall und Staatsnotstand	86
3. Kapitel: Von der Montanunion zur Europäischen Union	92
I. Die Europäischen Gemeinschaften	92
II. Europäische Union und Europäische Gemeinschaften	94
III. Gemeinschaftsrecht und Verfassungsrecht	96
IV. Der Vertrag zur Reform der Europäischen Union	100
V. Die Europäische Union als »Staatenverbund«	101
DRITTER TEIL: Der föderale Aufbau der Bundesrepublik	103
1. Kapitel: Wiedererstehen der Länder und Neugliederung der Bundesrepublik	104
I. Die Länder als Vorstufen der Bundesrepublik	104
II. Die Neugliederung des Bundesgebiets als unerfüllte Aufgabe	109
1. Der Verfassungsauftrag zu einer Neugliederung des Bundesgebietes	109
2. Der Neugliederungssonderweg des Art. 118 GG – Der »Kampf um den Südweststaat«	112
3. Eingliederung statt Neugliederung: Die Lösung der Saarfrage	117
4. Vom Verfassungsauftrag zur Neugliederungsoption	121

2. Kapitel: Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	122
I. Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes	122
II. Die Ausführung der Bundesgesetze	127
1. Ausführung der Bundesgesetze durch bundeseigene Verwaltung	127
2. Ausführung der Bundesgesetze durch Landesbehörden	128
3. Ausführung der Bundesgesetze im Auftrag des Bundes	130
4. Kostentragung der Ausführung von Bundesgesetzen	132
III. Die Rechtsprechung des Bundes	133
IV. Gestaltungsformen bundesstaatlicher Zusammenarbeit	134
3. Kapitel: Die bundesstaatliche Finanzverfassung	137
I. Kompetenzen zur Steuergesetzgebung	137
II. Die Verteilung des Steueraufkommens	138
III. Der Finanzausgleich	140
 VIERTER TEIL: Parteien und intermediäre Kräfte	 143
1. Kapitel: Die politischen Parteien	143
I. Verfassungsrechtlicher Status der politischen Parteien	143
II. Parteiensystem und Wahlsystem	145
III. Bundesverfassungsgericht und politische Parteien	149
1. Organqualität der politischen Parteien?	149
2. Parteienfinanzierung im Spiegel der Verfassungsrechtsprechung	150
3. Kritische Würdigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	155
4. Mittelbare und unmittelbare Parteienfinanzierung nach geltendem Recht	156
IV. Das Verbot verfassungswidriger Parteien	157
1. Doppelte Schutzwirkung des Parteiverbots	157
2. Verbotsvoraussetzungen und Verbotsverfahren	158
3. Das Verbot der Sozialistischen Reichspartei	159
4. Das Verbot der KPD	161
5. Das Scheitern des NPD-Verbots	162
V. Parteienskandale und Politikverdrossenheit	164
2. Kapitel: Die Interessenverbände	167
I. Die Verbändelandschaft in der Bundesrepublik	167
II. Verbände in der Staatsorganisation der Bundesrepublik – Rechtliche und staatstheoretische Grundlagen	170
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	170
2. Verbände zwischen Partikularinteresse und Gemeinwohl	172
3. Erscheinungsformen des Verbandseinflusses	173
III. Die ökologische Bewegung: Privatisierung des Gemeinwohls?	177

3. Kapitel: Presse und Rundfunk	179
I. Pressefreiheit und freie Presse	179
II. Rundfunkfreiheit und freier Rundfunk	182
FÜNFTER TEIL: Staat und Religionsgemeinschaften	191
1. Kapitel: Das Staatskirchenrecht in der Bundesrepublik	192
I. Wandel des Staatskirchenrechts	192
II. Kooperation von Staat und Religionsgemeinschaften	198
1. Staatskirchenverträge	198
2. Der rechtliche Status der Kirchen und Religionsgemeinschaften	200
3. Präsenz der Religionsgemeinschaften in der öffentlichen Sphäre und staatliche Finanzierungshilfen für die Religionsgemeinschaften	202
2. Kapitel: Schule und religiöse Erziehung	205
I. Die christliche Schule	205
II. Religiöse Bezüge in der Schule	208
III. Der Religionsunterricht	210
SECHSTER TEIL: Die Bundesrepublik als Sozialstaat	215
1. Kapitel: Die Reform der Rentenversicherung	216
I. Von der staatlichen Fürsorge zur Lohnersatzleistung (1957)	216
II. Das Füllhorn des Sozialstaats (1972)	218
III. Umbruch und Aufbruch (1990-1992)	220
IV. Der Versuch des Systemwechsels (2001-2004)	221
V. Ausblick	222
2. Kapitel: Gesundheitssystem im Spannungsfeld von Berufsfreiheit und staatlicher Vorsorge	224
I. Die Sicht der Versicherten	224
II. Die Seite der Leistungserbringer	226
III. Die Publizierung des Gesundheitswesens	229
3. Kapitel: Hartz IV als Wendepunkt des Sozialstaates	231
I. Das »soziale Netz« vor Hartz IV	231
II. AGENDA 2010 – Von Hartz I bis Hartz IV	232
III. Die Arbeitsgemeinschaften als verfassungsrechtliches Problem	237
4. Kapitel: Familienförderung als sozialstaatliche Aufgabe	239
I. Steuerliche Entlastung und soziale Förderung der Familie	239
II. Vom Familienlasten- zum Familienleistungsausgleich	242

III. Familienförderung als Funktion der Fiskalpolitik 242
 IV. Familienförderung als unerfüllte Staatsaufgabe 244

SIEBTER TEIL: Grundzüge einer Wirtschaftsverfassung 245

1. Kapitel: Berufsfreiheit und Schutz des Eigentums als Säulen der Wirtschaftsverfassung 245

I. Der Streit um die Wirtschaftsverfassung 245
 II. Das »Apotheken-Urteil« und seine Folgen 248
 III. Freie oder reglementierte Wirtschaftsordnung 251
 IV. Wandlungen der Eigentumsdogmatik: Der »Nassauskiesungs-Beschluss« als Meilenstein 253

2. Kapitel: Tarifwesen und Mitbestimmung 255

I. Koalitionsfreiheit als kollektives Grundrecht 255
 II. Der Streit um die Aussperrung 256
 III. Der Konflikt um die Mitbestimmung 258
 IV. Die Zukunft der Mitbestimmung 260

3. Kapitel: Von staatlichen Monopolen zu regulierten Märkten 261

I. Vom Leistungsstaat zum Gewährleistungsstaat 261
 II. Von der Leistungsverwaltung zum Privatunternehmen 263
 III. Privatisierung von Post und Bahn 264

ACHTER TEIL: Herausforderungen an das Recht und Schutz des Gemeinwesens 269

1. Kapitel: Republik im Umbruch 269

I. Im Spannungsfeld von Freiheit und Ordnung 269
 1. Die Kriminalisierung unangepassten Verhaltens oder: Grenzen der Sozialhilfe 270
 2. Die Versammlungsfreiheit auf dem Prüfstand: Die sog. »Schwabinger Krawalle« 271
 3. Die »Spiegel-Affäre« 272
 II. Die studentische Protestbewegung 1967/68 275
 III. Die Eroberung von Freiheitsräumen 278
 IV. Die Erprobung des Wechselparadigmas 280
 V. Umgründung der Republik? 283

2. Kapitel: Das Problem der »Notstandsverfassung« 285

I. Unterscheidung von Notstand und Verfassungsverstöße 285
 II. Die »Notstandsdiskussion« 285
 III. Der äußere Notstand 287

XIV Inhalt

IV. Der innere Notstand	289
V. Kritik der Notstandsverfassung	290
3. Kapitel: Die Bundesrepublik vor den Herausforderungen des Terrorismus	292
I. Der organisierte Linksterrorismus	292
II. Die Reaktionen der Gesetzgebung	295
III. Verfassungsfragen des Terrorismus	296
NEUNTER TEIL: Kontinuität und Konstitutionalisierung der Rechtsordnung	301
1. Kapitel: Die Rechtsverhältnisse des öffentlichen Dienstes	302
I. Art. 131 GG und G 131	302
II. Die Kontroverse zwischen Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof	303
III. Entlassung ungeeigneter Bediensteter	306
IV. Exkurs: Die Verjährung von NS-Verbrechen	307
V. Vorbildfunktion der Art. 131 und 132 GG für die deutsche Einigung?	309
2. Kapitel: Kontinuität und Diskontinuität im einfachen Gesetzesrecht	310
I. Fortgeltung vorkonstitutionellen Rechts	310
II. Der Sonderfall des Gleichberechtigungssatzes	310
III. Die Rechtsstellung der unehelichen Kinder als Paradigma für Gesetzgebungsaufträge	312
3. Kapitel: Die »Konstitutionalisierung« der Rechtsordnung	314
I. Der Fall »Lüth«	314
II. Von »Lüth« zu »Caroline« – Das Bundesverfassungsgericht als Kassationshof	317
III. Abschied vom »besonderen Gewaltverhältnis«	320
IV. Konstitutionalisierung und Staatsrechtslehre	322
ZEHNTER TEIL: Deutschland im Zeichen der Vereinigung	325
1. Kapitel: Wiedervereinigungspolitik und Besatzungsherrschaft	325
I. Die deutsche Teilung	325
II. »März-Note« und Deutschlandvertrag	326
III. Alleinvertretungsanspruch und »Hallstein-Doktrin«	330
2. Kapitel: Die »neue Ostpolitik« und ihre vertragliche Absicherung	333
I. Völkerrechtlicher und verfassungsrechtlicher Rahmen der Ostpolitik	333
II. Völkerrechtliche Anerkennung und Grundlagenvertrag	335

	Inhalt	XV
III. Das Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts		337
IV. Die »Ostverträge« der Bundesrepublik		340
V. Bewertung der Ostpolitik und des Vertragswerks		341
3. Kapitel: Das vereinigte Deutschland		344
I. Der 9. November 1989		344
II. Das »Zehn-Punkte-Programm« Helmut Kohls		345
III. Zwei Wege zur deutschen Einheit		347
IV. Das konsensuale Verfahren der Vereinigung		348
AUSBLICK: Wandlungen des Verfassungsstaates		353
ANHANG		361
Zeittafel		363
Ausgewählte Literatur		377
Abkürzungen		379
Anmerkungen		385
Personenregister		461
Sachregister		467